

Protokoll
über die 45. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 05.12.2023

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:59 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2 - 6, 19053 Schwerin, Raum 1.029

Anwesenheit

Vorsitzende

Pfeifer, Mandy entsandt durch SPD-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Brill, Peter entsandt durch Fraktion DIE LINKE

ordentliche Mitglieder

Nimke, Stefan entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Federau, Petra entsandt durch AfD-Fraktion
Moschinski, Stefan entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger
Friedriszik, Uwe entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Alff, Daniel entsandt durch SPD-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Hempel, Christina entsandt durch AfD-Fraktion
Schiffel, Rainer Uwe entsandt durch CDU-FDP-Fraktion

Verwaltung

Diessner, Barbara Verwaltung
Gabriel, Manuela Verwaltung
Jakobi, Maren Verwaltung
Lucht, Dorin Verwaltung
Schlick, Stefan Verwaltung
Thiele, Andreas Verwaltung

Gäste

Dommer, Liane
Kunze, Ulrike

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende Frau Pfeifer eröffnet die 45. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales. Sie begrüßt die Ausschussmitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste.

Die Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Pfeifer gibt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 26.10.2023 (öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales bestätigt die Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 26.10.2023 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	4

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Frau Pfeifer informiert, dass Frau Trauth krankheitsbedingt nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen kann.

Frau Gabriel hat keine Mitteilungen aus dem Fachdienst Bildung und Sport.

Frau Diessner hat keine Mitteilungen aus dem Fachdienst Soziales.

zu 4 **Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)**

zu 4.1 **Integriertes Stadtentwicklungskonzept Schwerin 2030 (4. Fortschreibung)** **Vorlage: 01026/2023**

Bemerkungen:

Herr Thiele führt in die Beschlussvorlage DS-Nr. 01026/2023 ein und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Die PowerPoint-Präsentation wird zu Protokoll gegeben.

Herr Schiffel wünschte sich einen größeren Fokus auf die Themen Barrierefreiheit und sozialen Wohnungsbau. Herr Thiele erwidert, dass dies im Integrierten Stadtentwicklungsplanungskonzept (ISEK) Berücksichtigung finde, man jedoch gerne bilateral die Thematik vertiefen könne.

Auf die Frage von Herrn Schiffel zur Planung von Angeboten für Menschen mit Behinderung auch außerhalb der Werkstätten, erläutert Frau Diessner, dass es sich dann um eine spezifische Fachplanung handele und diese somit nicht im ISEK verankert sei.

Frau Federau bittet um Informationen zum Beteiligungsverfahren und wie die Anregungen berücksichtigt wurden. Herr Thiele informiert, dass folgende drei große Themen als Rückläufer zu verzeichnen waren:

- Hochschulstandort
- Volkskundemuseum Mueß
- Stadtplanung Möwenburgpark

Die genutzten Kanäle, um die Beteiligungsmöglichkeit publik zu machen, waren Printmedien (Pressemitteilung), Instagram, Facebook, etc.

Frau Pfeifer bittet darzulegen, wie das ISEK der Segregation in Schwerin entgegenwirke und sich somit die Lebenssituation der Menschen verbessere. Herr Moschinski sieht dieses ebenfalls als mögliche Zielbildung. Herr Thiele nimmt die Frage mit.

Herr Friedriszik empfindet die Stellungnahmen der Ortsbeiräte (OBR) als wichtige Entscheidungsgrundlage. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales einigt sich auf das Verfahren, die Beschlussvorlage DS-Nr. 01026/2023 erst nach dem Durchlauf aller OBR, vermutlich in der Märzsitzung 2024, wieder aufzurufen.

Die Beschlussvorlage wird somit vertagt.

Beschluss:

Wiedervorlage.

zu 4.2 **Weiterentwicklung des Integrationsbeirats** **Vorlage: 00977/2023**

Bemerkungen:

Frau Jakobi führt in die Beschlussvorlage DS-Nr. 00977/2023 „Weiterentwicklung des Integrationsbeirates“ ein.

Herr Moschinski bittet um Informationen, wie der Beteiligungsprozess umgesetzt werden solle.

Frau Jakobi berichtet, dass es deutschlandweit 400 Migrationsräte gäbe, in denen der Prozess unterschiedlich gestaltet werde. Die Landeshauptstadt Schwerin hat sich gegen einen Wahlprozess entscheiden, da man aufgrund des vorhandenen Netzwerkes unkompliziert viele Beteiligte erreichen könne.

Auf die Fragen nach möglicher politischer Einflussnahme durch den Integrationsrat, erläutert Frau Jakobi, dass die Mitglieder einerseits durch die Stadtvertretung bestellt, andererseits auch abberufen werden. Der Integrationsrat wird ein Recht auf Stellungnahme besitzen, jedoch kein Antragsrecht. Ziel sei im ersten Schritt, dass Schweriner Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund eine Stimme einbringen.

Herr Alff sieht hier eine finale Befassung erst mit Vorliegen einer dazugehörigen Satzung als möglich. Erst dann sei eine konstruktive Diskussion möglich.

Frau Federau sieht es kritisch, dass abgelehnte Asylbewerber und Asylbewerberinnen Mitglieder des Integrationsrates werden können. Zu hinterfragen sei auch das Prüfverfahren der Beteiligten und der Umgang mit Erweiterungen des Rates. Herr Alff bittet zu beachten, dass auch dies erst nach Festlegung der Satzung zu erörtern sei.

Frau Pfeifer macht deutlich, dass es sich bei der aktuellen Beschlussvorlage zunächst um einen Grundsatzentscheid handle, sodass ein Integrationsbeirat eingerichtet und eine Satzung dafür erarbeitet werden soll. Sie spricht sich für die Beschlussvorlage aus.

Herr Brill unterstützt dieses Ansinnen und macht deutlich, dass man sich kommenden Diskussionen zur entsprechenden Zeit stellen werde.

Frau Pfeifer gibt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beauftragt den Oberbürgermeister, den bisherigen Integrationsbeirat durch die Erstellung eines Satzungsentwurfs in seinen Aufgaben, Rechten und seiner Zusammensetzung weiterzuentwickeln. Der Satzungsentwurf soll sich hierbei an der Satzung des Kinder- und Jugendrates der Landeshauptstadt orientieren. Migrantische Mitglieder des Integrationsbeirates sollen über die Stadtvertretung bestellt sowie abberufen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	0

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung

**zu 5.1 Finanzierung der Jugend- und Schulsozialarbeit sichern
Vorlage: 01007/2023**

Bemerkungen:

Herr Friedriszik führt in den Antrag DS-Nr. 01007/2023 „Finanzierung der Jugend- und Schulsozialarbeit sichern“ ein und beantwortet im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Alff bittet um Informationen, ob alle Mittel im Bereich der Schulsozialarbeit abgerufen wurden. Frau Gabriel bestätigt dies.

Herr Schiffel hinterfragt, ob Schulsozialarbeiter noch immer z.T. in zwei Schulen arbeiten. Frau Gabriel nimmt diese Frage zur kommenden Sitzung mit.

Herr Alff sieht die fehlenden Gegenfinanzierung kritisch.
Herr Friedriszik sieht hier die Möglichkeit des Nachtragshaushaltes in 2024.

Herr Nimke und Herr Moschinski bestätigen zwar den fehlenden haushalterischen Aspekt, sehen den Ausschuss jedoch vordergründig in seiner sozialen Entscheidungspflicht.

Herr Alff beantragt den Tagesordnungspunkt zu schieben. Seitens des Ausschusses erfolgt kein Widerspruch.

Beschluss:

Wiedervorlage.

**zu 5.2 Istanbul Konvention
Vorlage: 01004/2023**

Bemerkungen:

Aufgrund der Abwesenheit des Antragstellers fasst die Vorsitzende den Antrag DS-Nr. 001004/2023 zusammen.

Den Mitgliedern wurde die von Frau Lucht erstellte Ausarbeitung „Informationen zur Istanbul Konvention und dem Hilfenetz in der Landeshauptstadt Schwerin“ zur Sitzung gestellt.

Frau Lucht begrüßt den Antrag grundsätzlich, bittet jedoch um Beachtung der finanziellen Auswirkungen. Die Istanbul Konvention ist vom Bund ratifiziert, jedoch wurde sich von Seiten des Bundes noch nicht zur Unterstützung der Länder und Kommunen positioniert.

Herr Schiffel bemängelt die kurzfristige Zusendung der Unterlagen, da so eine ausreichende Vorbereitung nicht möglich war.
Frau Lucht bittet dies zu entschuldigen. Sie würde eine erneute Befassung in der kommenden Sitzung ermöglichen.

Herr Moschinski bittet für die kommende Diskussion um eine Statistik, welche aufzeigt, wie viele Schwerinerinnen und Schweriner und wie viele auswärtige Bürgerinnen und Bürger die Angebote in Anspruch nehmen.

Frau Pfeifer beantragt Rederecht für Frau Dommer.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Frau Dommer, Leiterin des Frauenhauses Schwerin, berichtet über ihre Arbeit und der damit verbundenen Herausforderungen.
Das Frauenhaus hält 12 Plätze bereit, jedoch zeigen sich immer längere Aufenthalte. Dies führt zu einer steigenden Tendenz der ambulanten Fälle. Frau Dommer berichtet von über 300 – 400 Fällen pro Jahr.

Frau Pfeifer informiert, dass das Beratungs- und Hilfenetz landesseitig evaluiert werde. Es ist jedoch noch nicht bekannt, wann Ergebnisse vorliegen. Es bestehe die Möglichkeit, dass in der kommenden Sitzung ein Zeitplan vorliege, der zur Bewertung der Entscheidung beitrage.

Frau Jakobi berichtet, dass eine Unterarbeitsgruppe im Zuge des Rates für Kriminalitätsvorbeugung möglich sei.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich mehrheitlich dafür aus, den Tagesordnungspunkt in der kommenden Sitzung erneut aufzurufen. Die Thematik „Istanbuls Konvention“ wird vertagt.

Beschluss:

Wiedervorlage.

**zu 5.3 Beitritt zu dem Netzwerk Solidarische Städte
Vorlage: 01005/2023**

Bemerkungen:

Herr Nimke bemängelt die fehlende Einbringung durch den Antragsteller.

Herr Brill spricht sich positiv für das Anliegen aus, sieht dies jedoch eher in deutlich größeren Städten als der Landeshauptstadt Schwerin.

Frau Jakobi gibt die verwaltungsseitig aufgezeigten finanziellen Auswirkungen zu bedenken.

Frau Pfeifer gibt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales lehnt den Antrag DS-Nr. 01005/2023 „Beitritt zu dem Netzwerk Solidarische Städte“ ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	1

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Frau Pfeifer bittet Herrn Schiffel, den zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales eingereichten Fragenkatalog fraktionell über den Sitzungsdienst einzureichen. Der Umfang der Fragen lässt eine Behandlung in diesem Gremium nicht zu, sondern entspricht einem Berichtsantrag der Stadtvertretung.

Herr Schiffel ist mit dem Verfahren einverstanden.

Auf die Rückfrage von Herrn Schiffel zu den Antworten des vorherigen Fragenkatalogs verweist Frau Gabriel auf die umfassende Beantwortung zum Berichtsantrag der CDU/FDP-Fraktion in der Stadtvertretung vom 20.11.2023.

gez. Mandy Pfeifer

Vorsitzende/r

gez. Susanne Kroll

Protokollführer/in